Die Letzte macht das #LichtAus.

Der **Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2024** sieht einen Kahlschlag im sozialen Bereich vor. In den Bereichen, die die Finanzierung von Programmen und Diensten der Freien Wohlfahrtspflege betreffen, sind insgesamt **Kürzungen in Höhe von 25 Prozent** geplant. Falls jetzt nicht gegengesteuert wird, geht in zahlreichen sozialen Einrichtungen in Deutschland wortwörtlich das Licht aus, zum Beispiel bei jeder dritten **Migrationsberatung**.

Wir fordern:

Wer Einwanderung gestalten will, braucht Angebote zur Begleitung und Unterstützung der Ankommenden. Dazu gehören neben Integrations- und Sprachkursen auch flächendeckende, individuelle Angebote der Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE), der Jugendmigrationsdienste (JMD), der Asylverfahrensberatung (AVB) und der Psychosozialen Zentren (PSZ). Ohne eine nachhaltige Ausstattung dieser Leistungen können Migrant*innen nicht bedarfsgerecht unterstützt werden! Die geplanten Kürzungen führen zum Abbruch von Beratung, Begleitung und Therapien sowie zum Verlust von qualifiziertem Fachpersonal – mit fatalen Folgen für Ratsuchende und die Gesamtgesellschaft.

Unzureichende Finanzierung und unsichere Perspektiven zwingen Träger schon jetzt dazu, Standorte zu schließen. So entstehen Versorgungslücken, deren Folgekosten die nötigen Investitionen um ein Vielfaches übersteigen.

Wir fordern den Bundestag daher auf, die von der Regierung geplante Kürzungen in diesen Bundesprogrammen zurückzunehmen und stattdessen mehr Mittel für diese essentiellen Angebote bereitzustellen.

lichtaus.awo.org